



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 17.09.2019

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende/r:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Frensch, Kristin
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Kirchenbauer, Achim
Konstandin, Angelika
Lüthje-Lenhardt, Monika
Mohamed Fahir, Aisha
Möller, Eva
Rahn, Klaus-Helimar
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Rothweiler, Edelbert
Rothweiler, Sonja
Schaier, Barbara
Schwarz, Simon
Vogel, Roland
Vortisch, Volker Hans

Schriftführer/in:

Härer, Roland

Verwaltung:

Knobloch, Günter
Kröner, Wolfgang
Müller, Rüdiger
Sturm, Thomas

Ortsvorsteher/in:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

Ordentliche Mitglieder:

Ringwald, Markus - entschuldigt



1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 09.09.2019.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 12.09.2019.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitgliedern anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderätin Konstandin
Gemeinderätin Schaier



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Verabschiedung des ausscheidenden Gemeinderates Karl-Peter Niebel
3. Einführung und Verpflichtung des am 26.05.2019 wiedergewählten Gemeinderates Dr. Roland Vogel
4. Polizeiliche Kriminalstatistik 2018 **BV/315/2019**
5. Pfinztal 2035 - Verabschiedung Gesamtkonzept und Strategie zur Gemeindeentwicklung
- Beratung und Beschlussfassung **BV/396/2019**
6. Bebauungsplan "Ortskern nördlich der B 10 - 1. Änderung", OT Söllingen **BV/398/2019/1**
- Aufstellungsbeschluss
- Beschluss über den Erlass einer Veränderungssperre zur Sicherung der Planung
7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Modernes Wohnen in der Seltenbachstraße, 1. Änderung", OT Berghausen **BV/385/2019/1**
- Aufstellungsbeschluss
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
8. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Pfinztal **BV/397/2019**
- Beratung und Beschlussfassung
9. Ausdehnung der Schulsozialarbeit (0,5 Stelle an der GHWS Berghausen) auf die Grundschulen in Söllingen, Wöschbach und Kleinsteinbach **BV/404/2019**
- Antrag der SPD-Fraktion
- Beratung und Beschlussfassung
10. Mitteilungen der Bürgermeisterin
11. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
12. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner eröffnet den Zuhörerinnen und Zuhörern die Möglichkeit zu Wortmeldungen. Sie gibt bekannt, dass es diese Möglichkeit nochmals am Ende der Sitzung gibt.

Frau Zobel berichtet von einer Situation am Ende der Straße „Vor den Werren“. Dort befindet sich ein Wendehammer mit Grünfläche. Die Grünfläche sei früher eingefriedigt gewesen, neuerdings aber nicht mehr. Dies erleichtere das Abstellen von Gefährten im Wendehammerbereich, was zu Beeinträchtigungen beim Wenden führe. Sie bitte darum, diese Einfriedigung wieder anzubringen.

Herr Müller bezieht sich auf die momentan stattfindende Erschließung des Neubaugebiets in Söllingen. Er will wissen, wann an den neuen Straßen die Straßenschilder angebracht werden, weil Lieferanten nicht wüssten, wo sich die Lieferadressen befinden. Er meint, in Pfinztal dauere alles viel länger als in anderen Gemeinden.

Herr Knobloch weist darauf hin, dass die Gemeinde nicht der Erschließungsträger ist, sondern die Firma ESB.

2. Verabschiedung des ausscheidenden Gemeinderates Karl-Peter Niebel

Bürgermeisterin Bodner begrüßt Herrn Niebel und meint, sie dürfe diesen heute mit einem lachenden und einem weinenden Auge in den „Gemeinderatsruhestand“ entlassen. In ihrer Laudatio bezeichnet sie Herrn Niebel als politisches Urgestein, der bei vielen wichtigen Weichenstellungen mitgewirkt habe. Er sei seit 2004 Gemeinderat und seit 2008 darüber hinaus auch Mitglied des Ortschaftsrats Berghausen gewesen. Als Anerkennung für seine Leistungen habe ihm die Gemeinde im Jahr 2014 die Ehrenmedaille der Gemeinde in Bronze überreicht. Heute erhalte er die Ehrenmedaille der Gemeinde in Silber für seine fünfzehnjährige Tätigkeit sowie die Ehrennadel des Gemeindetags Baden-Württemberg. Sie liest den Text der beiden Urkunden vor und spricht den Wunsch aus, Herr Niebel möge die nun gewonnene Zeit mit seiner Familie verbringen.

Gemeinderat Kirchenbauer bittet darum, dem langjährigen Fraktionsmitglied Karl-Peter Niebel Grußworte sagen zu dürfen. Er trägt daraufhin Dankesworte der CDU-Fraktion für die wertvolle Arbeit von Karl-Peter Niebel in den zurückliegenden Jahren vor.

Karl-Peter Niebel bedankt sich anschließend für die Ehrungen und anerkennenden Worte und wünscht dem neuen Gremium alles Gute bei den Entscheidungen zum Wohl der Gemeinde.

3. Einführung und Verpflichtung des am 26.05.2019 wiedergewählten Gemeinderates Dr. Roland Vogel

Bürgermeisterin Bodner beglückwünscht Gemeinderat Dr. Vogel zur Wiederwahl in den Gemeinderat. Gleichzeitig habe sie die ehrenvolle Aufgabe, Herrn Vogel die Ehrenmedaille der Gemeinde in Bronze für dessen bisherige Arbeit überreichen zu dürfen. Sie überreicht ihm die Ehrenmedaille und nimmt danach die Verpflichtung als Gemeinderat vor.



Gemeinderat Dr. Vogel liest danach laut die Vereidigungsformel vor.

4. Polizeiliche Kriminalstatistik 2018

Bürgermeisterin Bodner begrüßt die Leiterin des Polizeipostens Pfinztal, Frau Polizeihauptkommissarin Silke Reich und die Leiterin des Polizeireviers Durlach, Kriminaloberärztin Gabi Evers. Beide würden dem Gremium nun die Kriminalstatistik des Jahres 2018 für den Bereich der Gemeinde Pfinztal vorstellen.

Frau Evers erklärt, man nehme die Aufgabe zur Vorstellung der polizeilichen Arbeit sehr gerne wahr. Der Bericht erfolge für das zurückliegende Jahr, nachdem alle Auswertungen erfolgt sind. Sie zeigt anhand einer Bildschirmpräsentation verschiedene Schaubilder auf. Das erste Schaubild zeige eine Jahresübersicht der Straftaten getrennt nach dem Stadtkreis Karlsruhe, dem Landkreis Karlsruhe und dem Polizeirevier Durlach. Sie weist darauf hin, dass die Schaubilder nur einen Auszug aus dem gesamten Straftatenkatalog mit dem Schwerpunkt Pfinztal darstellen. Im Blick auf die Entwicklung der Fallzahlen im Revier sei sie sehr zufrieden, denn das Niveau sei in etwa gleich geblieben. Vor dem Hintergrund, dass sich die Fallzahlen in den vergangenen drei Jahren positiv entwickelt haben, sei dies ein guter Wert. Auf einem sehr guten Niveau bewege man sich im Revierbereich bei den Wohnungseinbruchsdiebstählen, die sich nur gering nach oben entwickelt hätten. Bei diesem Delikt habe man in den vergangenen drei Jahren einen deutlichen Rückgang der Fallzahlen erreicht. Die Mühe der Polizeiarbeit habe hier tatsächlich Früchte getragen. Aus einer weiteren Statistik sei zu ersehen, dass Pfinztal neben Durlach, Durlach-Aue und Grötzingen die meisten Fallzahlen aufweist, was aber auch mit der Größe der Gemeinde zusammenhänge. Sie halte die Fallzahlen für Pfinztal für eine ganz normale Entwicklung und eine beruhigende Situation. Speziell für den Bereich der Gemeinde Pfinztal sei festzustellen, dass es keine Straftaten gegen das Leben gebe. Bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sei ein leichter Rückgang von fünf auf vier Delikte festzustellen. Bei diesen Straftaten sei der Täter in der Regel bekannt. Eine Steigerung habe man im Bereich der Körperverletzung um 34 % festzustellen. Dies halte sie für auffällig und sei damit erklärbar, dass die Anzeigebereitschaft gestiegen ist. Die streitenden Parteien seien hier bekannt. Ein Fallzahlenschwerpunkt für den Bereich der Gemeinde Pfinztal seien die Diebstähle. Hier habe man eine Steigerung von 134 Fällen in 2017 auf 140 Fälle in 2018 zu verzeichnen. Einen deutlichen Anstieg gebe es dabei insbesondere bei den Diebstählen unter erschwerenden Umständen. Auffällig seien hier insbesondere die Fahrraddiebstähle. Wichtig sei es deshalb, dieses Eigentum zu sichern und auch die Unterlagen beispielsweise über das Fahrrad bzw. Individualmerkmale bereit zu haben. In diesem Fall sei das Wiederfinden von Fahrrädern einfacher. Entgegen der Entwicklung im Stadt- und Landkreis habe man in Pfinztal einen Fallzahlenzuwachs im Bereich des Wohnungseinbruchsdiebstahls um 160 %. Konkret seien die Fälle von fünf auf 13 angestiegen. Die letzten drei Jahre seien die Fallzahlen bei diesem Delikt allerdings massiv zurückgegangen, noch 2016 habe man 24 Fälle verzeichnen müssen. Diese Entwicklung sei zwar ein Alarmsignal, eine Panik sei allerdings nicht angebracht, weil es sich insgesamt betrachtet um eine moderate Steigerung handelt. Bei den Diebstählen an und aus KFZ sei ebenfalls eine Steigerung von fünf auf zehn Fälle festzustellen. Sie rät dazu, auch auf dem eigenen Grundstück immer das Fahrzeug abzuschließen. Bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten habe man eine moderate Steigerung von 125 auf 132 Fälle. Dies betreffe den Warenkreditbetrug, aber ganz besonders das Erschleichen von Leistungen beispielsweise in den Stadtbahnen. Dies liege daran, dass Pfinztal gut an den ÖPNV angebunden ist. Wenn man an das ÖPNV-Netz angebunden sei, gebe es ganz automatisch höhere Fallzahlen. Beim Warenkreditbetrug gehe es im Wesentlichen um das Internet. Traurig stimme die



Zunahme an Beleidigungen und Sachbeschädigungen. Sie habe den Eindruck, dass Sachbeschädigungen teilweise als Kavaliersdelikt eingestuft werden. Wenn also solche Situationen beobachtet werden, sollte man nicht wegschauen, sondern den Vorfall sofort melden. Denn wenn bei solchen kleinen Dingen keine Sanktionierung erfolgt, würden sich die Delikte steigern.

Gemeinderätin Konstandin stellt die Zwischenfrage, ob auch Beleidigungen gegen Beamte in der Statistik enthalten sind. Dies wird von **Frau Evers** verneint. Hier gebe es in Pfinztal eine positive Entwicklung. Trotzdem sollte man immer wieder weitertragen, dass die Polizei für die Menschen da ist und nicht gegen sie arbeitet. Eine positive Entwicklung gebe es bei Straftaten gegen das Aufenthaltsgesetz und im Rauschgiftdeliktbereich. In beiden Bereichen haben man zurückliegend immer niedrige Fallzahlen gehabt. Wichtig sei ihr ein Hinweis auf die Häufigkeitszahlen, mit denen man die einzelnen Orte im Revier miteinander vergleichen könne. Aus diesen Zahlen könne man herauslesen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass man Opfer einer Straftat wird. Bei der Häufigkeitszahl würden die Straftaten ins Verhältnis zu den Einwohnern gesetzt. Je höher die Häufigkeitszahl sei, desto wahrscheinlicher werde man Opfer einer Straftat. Im Vergleich mit den Gemeinde im nördlichen Landkreis stehe Pfinztal mit einer Häufigkeitszahl von knapp 3000 nicht schlecht da. Im Vergleich dazu liege die Häufigkeitszahl von Karlsruhe beispielsweise bei 8800, der Durchschnitt im Landkreis liege bei fast 3800. Die Aufklärungsquote habe sich im Vergleich zu 2017 etwas verbessert und liege bei 59,3 %. Feststellen müsse man, dass die Aufklärungsquote im Vergleich zu den Jahren 2013 bis 2016 deutlich höher ist. Der Grund hierfür sei, dass man eine Steigerung in den täterreichen Delikten hat. Im Ergebnis bedeute dies aus ihrer Sicht keine Verschlechterung der Aufklärungsquote.

Sie geht danach auf die Tatverdächtigen in Pfinztal ein. In der Altersgruppe der Kinder bis 14 Jahren gebe es eine deutliche Steigerung von zwei auf acht Personen. Hierbei handle es sich um eine bekannte Gruppe, die auch künftig auf sich aufmerksam machen wird. Bei der Gruppe der nichtdeutschen Tatverdächtigen habe es eine Verringerung auf 94 Personen gegeben. In einer Gemeinde mit einer Gemeinschaftsunterkunft und weiteren Unterkünften sei dies eine Normalität. Der Polizeiposten Pfinztal habe regen Kontakt zur Gemeinschaftsunterkunft.

Frau Reich ergänzt, beim Polizeiposten Pfinztal habe man nicht den Eindruck, dass die Gemeinschaftsunterkunft verstärkt verantwortlich für Delikte ist.

Gemeinderätin Möller will wissen, ob die Pfinztaler Tatverdächtigen im Ort wohnen oder in Pfinztal die Tat begangen wird.

Frau Evers erklärt, ausschlaggebend sei, wo die Straftaten begangen werden. Die Pfinztaler Tatverdächtigen hätten in Pfinztal eine Straftat begangen.

Gemeinderätin Möller meint, theoretisch könnten die tatverdächtigen Kinder also auch außerhalb von Pfinztal wohnen.

Frau Evers antwortet, diese Kinder würden tatsächlich in Pfinztal wohnen. Insgesamt sei festzuhalten, dass man 2018 eine Fallzahlensteigerung um 8,7 % habe. Zu bedenken sei hierbei allerdings, dass es in den drei Vorjahren Fallzahlenreduzierungen gab. Die Kriminalitätsschwerpunkte lägen in den Bereichen „Beleidigung“, „Sachbeschädigung“, „Vermögens-, Fälschungs- und Diebstahldelikte“. Überwiegend handle es sich um erwachsene männliche Täter.

Bürgermeisterin Bodner bedankt sich für die ausführliche Information. Die polizeiliche Kriminalstatistik werde man den Gremiumsmitgliedern mit dem Protokoll verschicken. Sie bedankt sich bei den beiden Beamtinnen für die gute Zusammenarbeit und äußert den Wunsch,



dass das Polizeirevier mit weiteren Beamten aufgestockt wird.

Gemeinderätin Konstandin weist auf die Steigerung bei der Körperverletzung hin und will wissen, ob es in Pfinztal Brennpunkte gibt.

Frau Reich antwortet, man habe keine Schwerpunkte, es handle sich überwiegend um Fälle der häuslichen Gewalt, die verstärkt zur Anzeige gebracht werden.

Gemeinderätin Konstandin will wissen, ob bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen bestimmte Delikte bevorzugt werden.

Frau Reich erklärt, hier trete kein Delikt besonders hervor.

Gemeinderätin Konstandin spricht die Möglichkeit an, dass Wohnungseinbrüche von Banden begangen werden.

Frau Evers argumentiert, die Fallzahlen würden nicht für reisende organisierte Täter sprechen.

Gemeinderat Gutgesell bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für die Aufbereitung der Zahlen und die Präsentation. In den BNN habe er heute einen Artikel mit der Überschrift „Gutachten zum Sicherheitsgefühl“ gelesen, wonach man sich bei der Stadt mit diesem Thema befasst. Zum Glück benötige man in Pfinztal ein solches Gutachten nicht. Die von Frau Evers präsentierten Zahlen würden dies trotz einer Steigerung belegen. Man lebe in Pfinztal zwar nicht auf einer Insel der Glücksseeligkeit, die Einwohnerinnen und Einwohner könnten sich trotzdem sicher fühlen. Wenn statistisch gesehen weniger als 1,5 Straftaten pro Tag in Pfinztal begangen worden sind, sei dies ein Wert, mit dem man leben könne. Er sei sich sicher, dass andere Kommunen gerne mit Pfinztal tauschen würden, weil die Straßenkriminalitäts- und Rauschgiftdelikte in Pfinztal weiterhin eine untergeordnete Rolle spielen. Die CDU-Fraktion bedanke sich bei Frau Reich und den Mitarbeitern des Polizeipostens Pfinztal, aber auch bei den Beamtinnen und Beamten des Reviers für die geleistete Arbeit und dafür, dass sie für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unterwegs sind.

Gemeinderat Schwarz spricht eine der aufgezeigten Statistiken an, wonach insbesondere in Durlach ein Rückgang der Straftaten zu verzeichnen ist, während andere Orte ein gleichbleibendes Niveau aufweisen würden.

Frau Evers meint, eine plausible Antwort sei hierauf nicht möglich. Mutmaßen könne man vielleicht, dass dies am eingesetzten Gemeindevollzugsdienst oder am Ordnungsdienst liegt. Ganz sicher könne sie aber sagen, dass es beim Altstadtfest und an Fasching weniger Straftaten gegeben hat, da sich hier die Polizei als sehr präsent gezeigt habe. Möglicherweise gebe es aber auch weitere Gründe.

Gemeinderätin Konstandin bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion bei der Polizei für die geleistete Arbeit. Tatsächlich müsse man in Pfinztal keine Angst haben, wenn man sich die Fallzahlen zu Gemüte führe und um die Nähe zu den Städten Karlsruhe, Pforzheim, Stuttgart und Mannheim wisse. Tatsächlich könne man meinen, man lebe auf einer Insel der Glücksseeligkeit.

Frau Evers meint, bei jedem Beruf müsse man eine Portion Idealismus mitbringen, ganz besonders auch bei der Polizei. Ganz wichtig sei aber auch die Unterstützung durch die Bevölkerung. Sie rate dazu alles mitzuteilen, was man beobachte.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt bedankt sich für die Grünen bei den beiden Beamtinnen.



Frau Evers habe die Zahlen gut aufbereitet und relativiert. Man habe viele Informationen erhalten die das Gefühl vermitteln, dass man sich in Pfinztal sicher fühlen kann. Einen angesprochenen Punkt halte sie für wichtig, nämlich dass man die Streitkultur fördern muss.

Gemeinderätin Eisenbusch will einen weiteren Punkt ansprechen. Am vergangenen Donnerstag habe sie einen Artikel in den BNN über eine Großkontrolle der Polizei in Kronau wegen der illegalen Sperrmüllsammler gelesen. Sie stelle fest, dass diese Aktivitäten auch in Pfinztal immer mehr zunehmen. Es scheine bei diesen Sammlern bekannt zu sein, wann Sperrmüllaktionen durchgeführt werden. Dabei würden auch alte Fahrzeuge verwendet, die sicherlich nicht mehr den Normen entsprechen. Von zehn Fahrzeugen seien durch die Polizei neun beanstandet worden. Ihre Bitte wäre, eine solche Aktion auch einmal in Pfinztal durchzuführen, weil hier auch noch eine erschwerte Verkehrssituation zu verzeichnen ist. Wissen müsse man, dass es sich hierbei um Restmüll handelt, der dem Landkreis gehört.

Frau Reich antwortet, dies sei eine Sache, die ihr auch am Herzen liege. Gerne würde man eine solche Aktion durchführen, eventuell auch in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsdienst und der Gemeinde.

Gemeinderat Kirchenbauer nimmt Bezug auf einen Artikel in den BNN. Dort sei zu lesen gewesen, dass man künftig ein Auge auf die Bandenkriminalität werfen möchte. Er bitte um Auskunft, ob dies auch für unseren Bereich gilt bzw. ob es entsprechende Entwicklungen im Landkreis gibt.

Frau Evers meint, Bandenkriminalität oder organisierte Kriminalität gehöre eher zu dem Klientel, das von außen komme, überwiegend aus Osteuropa. Bei den Wohnungseinbrüchen und den Navigationsdiebstählen habe dies sicher eine Rolle gespielt. Die momentan niedrigen Zahlen würden allerdings nicht für eine Bandenkriminalität sprechen. Allerdings könne man auch von einer Bande sprechen, wenn man beispielsweise Jugendliche am Ort hat, die regelmäßig kriminell tätig sind.

Gemeinderätin Fahir stellt die Frage nach der Häufigkeit von Straftaten, die von rechtsradikalen Gruppierungen begangen werden.

Frau Reich informiert, es habe nur eine solche Straftat gegeben, der Täter habe allerdings unter erheblichem Alkoholeinfluss gestanden.

Gemeinderätin Frensch geht auf die Äußerung von Gemeinderätin Eisenbusch zum Thema Sperrmüll und Fahrzeuge ein. Dies seien häufig Menschen, die aus anderen Verhältnissen kommen. Möglicherweise hätten diese Menschen das Recht, Sachen einzusammeln, die unsere Gesellschaft wegwirft. Dies könne man auch als nachhaltig bezeichnen. Sie sehe die Polizei eher im Einsatz beim Gehwegparken vor Schulen oder Kindergärten oder bei der Geschwindigkeitskontrolle.

Frau Evers merkt an, dass der ruhende Verkehr vom Gemeindevollzugsdienst überwacht wird, die Polizei greife hier nicht ein.

Gemeinderat Herb äußert sich zur mathematischen Berechnung der Steigerungszote bei tätlichen Angriffen. Die Steigerung sei mit 100 % ermittelt worden. Tatsache sei allerdings, dass das Doppelt von Null immer noch Null ist.

Bürgermeisterin Bodner stellt abschließend fest, dass vom Gemeinderat die polizeiliche Kriminalstatistik zur Kenntnis genommen wird und bedankt sich bei den beiden Beamtinnen für die ausführliche Information und die geleistete Arbeit.



5. Pfinztal 2035 - Verabschiedung Gesamtkonzept und Strategie zur Gemeindeentwicklung - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Bubbel von der Firma Imakomm Akademie, die mit der strategischen Durchführung dieses Prozesses beauftragt wurde. Sie übergibt Frau Bubbel das Wort für die weiteren Erläuterungen.

Frau Bubbel erinnert daran, dass der Prozess zur Erarbeitung eines Gemeindeentwicklungsplans im Mai 2018 begonnen wurde. In verschiedenen Beteiligungsformaten hätten sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen können. Diesen Erarbeitungsprozess wolle man heute mit der Verabschiedung des erarbeiteten Gesamtkonzepts abschließen. Sie macht deutlich, dass es sich allerdings nicht um einen Abschluss, sondern um den Beginn einer weiteren Arbeit handelt. Denn man müsse nun daran gehen, dieses Konzept auch umzusetzen. Sie zeigt dem Gremium danach die wesentlichen Schritte des Erarbeitungsprozesses auf. Ein Gemeindeentwicklungsplan liefere Informationen über wesentliche Schwerpunkte der Gemeindeentwicklung. Dies seien wesentliche Themen, die von den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet wurden, für wichtig gehalten werden und insofern auch belastbar sind. Sie weist darauf hin, dass etliche Interessengruppen bei der Erarbeitung beteiligt waren und das Ergebnis insofern repräsentativ entwickelt ist. Schließlich stelle dieses Papier auch eine wichtige Orientierungs- und Entscheidungshilfe für den Gemeinderat dar. Einen fertigen Gemeindeentwicklungsplan gebe es allerdings nicht, denn es sei wichtig, ständig zu überlegen, ob es Weiterentwicklungen, weitere Ideen oder weitere Bedarfe gibt. Auf dem Weg zum vorliegenden Konzept habe man verschiedene Arbeitsschritte gehabt. Dazu gehörten neben der Auswertung statistischer Daten die Befragung der Verwaltung, Vor-Ort-Begehungen, die öffentliche Auftaktveranstaltung, ein Online-Briefkasten, Zukunftsworkshops in jedem Ortsteil, ein Wirtschaftsgespräch, ein Jugendworkshop sowie vier Projektgruppensitzungen. Die öffentliche Abschlussveranstaltung finde in der nächsten Woche statt. Insgesamt hätten sich mehr als 600 Personen beteiligt. Über 1000 Ideen, Wünsche und Anregungen seien eingegangen. Insofern hätte jeder die Möglichkeit gehabt, sich einzubringen. Zu den wesentlichen Ergebnissen sei zu sagen, dass acht Handlungsschwerpunkte erarbeitet wurden, die in der Gesamtdokumentation im Detail beschrieben sind. Sie seien mit Zielformulierungen und konkreten Maßnahmen hinterlegt worden. Als Querschnittsthemen seien der Umweltschutz, die Ökologie, die Nachhaltigkeit, die Haushaltskonsolidierung und die kommunalen Pflichtaufgaben bestimmt worden. Sie seien bei allen anstehenden Themen generell mit zu bedenken. Es stelle sich nun die Frage, wie es weitergehen soll mit diesem Konzept. Zunächst wäre wichtig, dass das Konzept heute vom Gemeinderat beschlossen wird. Das Konzept enthalte Informationen zu Verantwortlichkeiten, zu Prioritäten, Umsetzungszeiträumen und Beteiligten. Wichtig sei es, dieses Papier jetzt zu etablieren als wichtigen Punkt und Leitfaden für den Gemeinderat. Zur Finanzierung von Maßnahmen habe man entschieden, keinen festen Betrag vorzusehen, sondern dies von den einzelnen Maßnahmen abhängig zu machen. Allerdings soll ein Betrag von 50.000 € für kleinere Maßnahmen, die zusammen mit der Bürgerschaft umgesetzt werden, eingestellt werden. Weiter gelte es, die Öffentlichkeit mit allen Interessengruppen über sämtliche Kanäle weiter einzubinden. Hier sei die Gemeinde dabei, eine Strategie zu entwickeln. Aus der Erfahrung heraus schlage man vor, projektbezogene Arbeitskreise einzurichten, damit sich die Ehrenamtlichen nicht zu langfristig binden müssen. Dadurch soll das Ziel erreicht werden, gemeinsam mit der Bürgerschaft ein Thema umzusetzen und auf breite Schultern zu stellen.

Gemeinderätin Eisenbusch spricht zunächst den Dank der SPD-Fraktion an die Firma Imakomm Akademie für die professionelle Umsetzung des Projekts und die difizile Aufbereitung



der Daten aus. Auch den Bürgerinnen und Bürgern sei Dank zu sagen für die Mitarbeit. Was letztere betreffe sei sie anfangs skeptisch gewesen, ob die Vorgehensweise auch angenommen wird. Als sie gehört habe, dass mehr als 600 Personen involviert waren habe sie gestaunt. Dies sei eine enorme Zahl, denn normalerweise habe die Kommunalpolitik nicht so große Fans. Sie halte die konkreten Anregungen, die auch in den Wahlprogrammen vieler Parteien stehen könnten und auch stehen, für sehr hilfreich. Sie gehe insofern davon aus, dass man im Gremium einen ganz breiten Konsens bei vielen Themen finden kann. Diese konkreten Punkte sollten vorangetrieben werden. Gut fand sie die Stärken-Schwächen-Analyse. Sie erinnert an die Klausur zu Beginn der Amtszeit von Frau Bodner. Genau dies habe der Gemeinderat damals getan und viele Punkte aufgeschrieben. Leider sei dies nicht weiter verfolgt worden, weshalb diese Dinge heute nochmals auftauchen. Die Schwerpunktsetzung im vorgelegten Konzept halte sie für gut, doch leider würden bereits die ersten Widersprüche auftauchen. Auf der einen Seite soll das Ziel des Schuldenabbaus verfolgt werden, andererseits gebe es aber auch eine lange Liste an Investitionen für die kommenden Jahre. Diesen Widerspruch müsse man im Gremium lösen. Bestes Beispiel sei die Sitzung in der kommenden Woche, wo es darum gehe, ob sich die Gemeinde eine Investition von 9 Millionen Euro leisten will. Sie gehe davon aus, dass dies ein heftiger Streit werden wird. Insgesamt werde es schwierig werden, angesichts der vielen Pflichtaufgaben gerecht abzuwägen, welche freiwilligen Leistungen man sich leisten will. Sie spricht davon, dass dies in der Zukunft ein spannender Prozess werden wird, andererseits gebe es einen Grundkonsens im Gremium. Allerdings sei es auch eine Tatsache, dass dieser Grundkonsens finanziert werden muss, die Finanzlage der Gemeinde aber als sehr schlecht zu bezeichnen ist, was die Sache erschwere. Mit einem kleinen Punkt im Konzept sei man nicht einverstanden. Es handle sich um eine redaktionelle Antwort der Verwaltung auf Seite 84, wo es um die Erhöhung der Sauberkeit im öffentlichen Raum geht. Die Verwaltung antworte hier, dass die Straßenreinigung Anlass bezogen erfolgt und nicht in regelmäßigen Abständen. Der Zustand von mindestens 80 % der öffentlichen Straßen entspreche dem Sauberkeitsgefühl eines Mitteleuropäers. Diese Formulierung störe sie, weil in Pfinztal auch Nord- und Südeuropäer, Asiaten und andere leben. Dieses Wort sollte einfach durch das Wort „Einwohner“ ersetzt werden. Zusammenfassend wünsche man sich, dass die Verwaltung diesen Plan ernst nimmt und der Gemeinderat dessen Umsetzung kontrolliert. Denn die tolle Arbeit der Bürgerschaft sollte honoriert werden. Sie bitte um einen zügigen Beginn. Ihre Fraktion werde in allen Punkten der Beschlussempfehlung zustimmen.

Bürgermeisterin Bodner lässt wissen, die Verwaltung arbeite bereits an einer Prüfmatrix für die künftigen Beschlussfassungen. Diese Prüfmatrix soll allerdings nicht zu komplex werden. Jede einzelne Entscheidung aus dem Katalog der Vorschläge des Gemeindeentwicklungskonzept stehe im Ermessen des Gemeinderats. Von Seiten der Bürgerinnen und Bürger sei allerdings bereits eine Priorisierung vorgenommen worden. An das Gremium gehe aus ihrer Sicht die Aufforderung, sich am weiteren Prozess aktiv zu beteiligen.

Frau Bubbel geht auf die Meinung von Gemeinderätin Elsenbusch ein, wonach es einen Widerspruch zwischen den Zielen „Schuldenabbau“ und „Investitionen“ gibt. Tatsächlich sei dies ein vermeintlicher Widerspruch, doch liege es in der Entscheidung des Gemeinderats zu bestimmen, welche Maßnahmen im Blick auf die finanzielle Lage der Gemeinde geschultert werden können. Der Gemeinderat habe also diese Priorisierung vorzunehmen. Im Rahmen des Verfahrens habe man auf jeden Fall keine Maßnahme aus dem Konzept streichen wollen.

Gemeinderat Schwarz will wissen, wie der unter Ziffer 6 des Beschlussvorschlags erbetene Budget-Topf in Höhe von 50.000 € verwaltet werden soll.

Herr Bauer erklärt, mit diesem Geld wolle man im nächsten Jahr schnell umsetzbare Maßnahmen realisieren, damit die Bürgerschaft sehe, dass es bei der Umsetzung von Maßnah-



men aus dem Gemeindeentwicklungskonzept vorangeht. Auch sollen die Mittel dazu verwendet werden, weitere Workshops mit Bürgerinnen und Bürgern vorzubereiten und durchzuführen. Auch die Digitalisierung und die Durchführung der Jugendbeteiligung würden Geld kosten, die aus diesem Topf finanziert werden sollen.

Gemeinderat Schwarz will wissen, ob über diese Projekte der Gemeinderat zu befinden hat.

Herr Bauer weist darauf hin, dass sich die Verwaltung diesbezüglich an die Hauptsatzung zu halten hat, die entsprechende Regelungen enthält. Darin seien die Zuständigkeiten mit dem entsprechenden Finanzrahmen geregelt. Wenn also eine Entscheidung zuständigkeitshalber vom Gemeinderat zu treffen sei, werde man dies auch vortragen. Über die durchgeführten kleineren Projekte ohne Beteiligung des Gremiums werde man selbstverständlich auch informieren.

Gemeinderätin Schaier spricht einen Dank an Frau Bubbel und die Firma Imakomm Akademie für die geleistete Arbeit und die Präsentation aus, die sehr hilfreich gewesen sei. Sie geht darauf ein, dass dieser Prozess bereits im Frühjahr 2018 eingeleitet wurde. Das vorliegende Papier sei das Ergebnis der Bürgerbeteiligung in allen Ortsteilen. Es hätten sich mehr als 600 Bürgerinnen und Bürger mit über 1000 Ideen und Wünschen beteiligt, was eine tolle Zahl sei. Interessant für sie seien auch die Seiten 33 und 34 des Gemeindeentwicklungskonzepts, wo es um die Stärken und Schwächen der Gemeinde Pfinztal geht. Heute soll der Gemeinderat nun dieses Konzept beschließen. Dieser Beschluss sei aber nur ein Teil des Projekts und die Umsetzung genauso wichtig. Mit diesem Beschluss zeige der Gemeinde aber auf, dass ihr die Meinung und die Wünsche der Bürger wichtig sind und ernst genommen werden. Die CDU-Fraktion werde auf jeden Fall sämtlichen Beschlussempfehlungen zustimmen.

Frau Fahir meint, als neue Gemeinderätin sei es gut, ein solches Papier vorgelegt zu bekommen, in dem auch die Stärken und Schwächen der Gemeinde abgebildet sind. Das Durchlesen des Konzepts sei für sie insofern eine spannende Sache gewesen. Gut finde sie, dass die Bürgerschaft in die Erarbeitung einbezogen wurde. Zwei Punkte habe sie anzumerken. So sei zu Beginn des Papiers der Hinweis enthalten, dass zur Vereinfachung der Sprache die männliche Form von Bezeichnungen gewählt wurde. Dies sei allerdings ein veraltetes Modell. Es gebe heute Möglichkeiten, um eine gendergerechte Sprache anzuwenden, dies sei nicht schwierig. Wenn man die gendergerechte Sprache nicht anwende trage dies in der heute noch patriarchalen Welt nicht dazu bei, eine Gleichberechtigung der Frauen zu erreichen. Sie habe in ihrer Ausfertigung alle Punkte markiert, die in männlicher Form ausgedrückt sind. Diese Punkte sollten verbessert werden, damit sich alle Menschen angesprochen fühlen. Ein weiterer Punkt betreffe die Ziffer D 2.3. Hier gehe es um das Ziel, eine verstärkte Kooperation zwischen Wirtschaft und Schulen zu fördern. Sie störe sich an dem Begriff „Wirtschaft macht Schule“. Schule habe keine wirtschaftliche Bedeutung, hier stehe die Bildung im Vordergrund.

Bürgermeisterin Bodner informiert, dieses Projekt sei das Ergebnis der Zusammenarbeit der Schulen mit der Industrie- und Handelskammer. Hintergrund sei, dass Schülerinnen und Schüler durch Praktikas Einblick in die Abläufe der Wirtschaft erhalten sollen. Der Name sei zwischen diesen beiden Partnern festgelegt worden.

Herr Bauer zeigt auf, dass man momentan eine große Anzahl an Exemplaren hat, die in der kommenden Woche an die Interessierten bei der Abschlussveranstaltung ausgeteilt werden sollen. Er meint, es sei in der Kürze der Zeit nicht mehr möglich, gendergerechte Ausfertigungen drucken zu lassen. Auf die Homepage werde man allerdings eine gendergerechte Ausfertigung einstellen.



Gemeinderätin Möller findet es positiv, dass man sich über die Strategie für die Gemeinde Pfinztal Gedanken gemacht hat und es jedem Bürger möglich war, sich einzubringen, alle Ideen gesammelt wurden und keine verloren ging. Man danke allen, die sich in diesen Prozess eingebracht haben. In diesem Prozess seien Leitlinien und Wünsche formuliert worden. Man stimme dem Konzept zu, wohl wissend, dass sich manche Ziele widersprechen, es unterschiedliche Interpretationen von Begriffen geben, aber auch manches nicht umsetzbar sein wird. Sie sei optimistisch gestimmt, dass dem Gemeinderat künftig die Arbeit nicht ausgehen wird.

Gemeinderätin Lühje-Lenhardt zeigt ihre Freude über die Äußerung ihrer Vorrednerin. Dieses Thema brenne auch in ihr schon lange, weshalb sich die Verwaltung an die Umsetzung einer gendergerechten Sprache machen soll. Besonders gefallen habe ihr, dass das Projekt total professionel umgesetzt wurde. Das Konzept sei durchdacht und enthalte Maßnahmen und Indikatoren, das Ziel sei erreicht, wenn die Maßnahmen greifen. Sie spricht von einer fundierten Ausarbeitung, aus der gut hervorgehe, dass es ein stetiger Prozess und ein Kreislauf ist. Sie sehe keinen Widerspruch in den Zielen und Maßnahmen. Man müsse sich entscheiden, welches Ziel der Schwerpunkt bilden soll. Darum müsse man im Gemeinderat ringen. Momentan gebe es eine große Beteiligungsbereitschaft in der Bevölkerung, die projektbezogene Beteiligung liege im Trend und sollte nach ihrer Meinung gefördert werden. Manche Stellungnahme der Verwaltung erwecke den Anschein, als sei man verstimmt; vielleicht habe man aber einfach auch nicht verstanden, wie es gemeint war. Denn tatsächlich müsse nicht nur die Verwaltung, sondern die Einwohnerschaft tätig werden. Die Verwaltung habe sich eher als Mittler, Helfer und Kümmerer zu verstehen und der Gemeinderat als Financier. Der Gemeindeentwicklungsplan sei hervorragend formuliert, insbesondere auch die Schlagworte. Das gewählte Format sei richtig gewesen, um die Menschen anzusprechen. Ihr sei es wichtig, dass der Gemeinderat den Gemeindeentwicklungsplan 2035 nicht nur positiv zur Kenntnis nimmt, er sollte diesem zustimmen oder unterstützen. Weiter verweist sie auf den Beschluss vom Juli zum Start der Klimaoffensive Pfinztal. Der Gemeindeentwicklungsplan stelle keine Konkurrenz zur Klimaoffensive dar, viele Punkte seien identisch mit den Zielen der Klimaoffensive bzw. würden sich verzahnen oder vernetzen. Er sei insofern eher Ausgangspunkt für die Klimaoffensive.

Bürgermeisterin Bodner spricht ein Lob an die beteiligten Mitarbeiter der Verwaltung aus, die mit den Bürgerinnen und Bürgern etliche Abende verbracht haben. Sie macht den Vorschlag, über alle sechs Punkte des Beschlussvorschlags en bloc abzustimmen.

Nachdem es hierzu keine Wortmeldungen gibt, stellt sie dem Gremium folgende Abstimmungsfrage:

„**Wer stimmt folgenden Beschlussempfehlungen zu:**

1. **Der Gemeinderat der Gemeinde Pfinztal nimmt den Inhalt des Gemeindeentwicklungsplan (GEP) Pfinztal „Pfinztal 2035 – Zukunft gemeinsam gestalten“ zustimmend zur Kenntnis.**
2. **Die Strategie der künftigen Gemeindeentwicklung (vgl. Kapitel 3) wird als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen. Diese Strategie beinhaltet die Schwerpunkte, Ziele und Querschnittsthemen der künftigen Gemeindeentwicklung.**
3. **Die Gemeindeverwaltung wird mit der sukzessiven Umsetzung der Maßnahmen (vgl. Kapitel 4.2) zu gegebener Zeit und, sofern möglich und sinnvoll, unter weiterer Beteiligung der Bürgerschaft und sonstiger relevanter Akteure beauftragt.**
4. **Zur Freigabe von Maßnahmen bedarf es eines Beschlusses des Gemeinderats und einer Freigabe der benötigten finanziellen Mittel. Auf Basis des von der Verwaltung erstellten Haushaltsplans gibt der Gemeinderat Gelder zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen in entsprechender Höhe frei. Hierbei wird bewusst keine Höchstgrenze definiert. Der Gemeinderat ist bei der Mittelbewilligung mit Blick auf die je-**



- weilige Haushaltslage in seiner Entscheidung frei.
5. Der Gemeinderat stellt einen jährlichen Grundstock (Budget-Topf) für die Umsetzung weiterer kleinerer Maßnahmen, insbesondere für jene, die mit Beteiligung der Bürgerschaft umgesetzt werden, bereit. Die Höhe kann von Jahr zu Jahr variieren –abhängig von geplanten Maßnahmen. Dieser „Budget-Topf“ wird von der Gemeindeverwaltung verwaltet.
 5. Für 2020 sollen 50.000 Euro für den Budget-Topf in den Haushalt eingestellt werden.

Abstimmung: **Einstimmige Zustimmung**



**6. Bebauungsplan "Ortskern nördlich der B 10 - 1. Änderung", OT Söllingen
- Aufstellungsbeschluss
- Beschluss über den Erlass einer Veränderungssperre zur Sicherung der
Planung**

Bürgermeisterin Bodner verweist auf die Verwaltungsvorlage, die folgenden Inhalt hat:

Der Ausschuss für Technik- und Umwelt wird in seiner Sitzung am 10.09.2019 über den untenstehenden Sachverhalt beraten. Das Beratungsergebnis wird den Mitgliedern des Gemeinderats im Nachgang zur Sitzung mitgeteilt werden.

*Bezugnehmend auf die Beschlussvorlage Nr. BV/382/2019 **Städtebauliche Erneuerung „Neue Ortsmitte Söllingen“** soll der bestehende Bebauungsplan „Ortskern nördlich der B 10“ aus dem Jahr 1978 an die geplante Umsetzung der städtebaulichen Konzeption für eine „Neue Ortsmitte Söllingen“ angepasst werden:*

Inhalt und Ziele des Änderungsverfahrens sind insbesondere:

- *Änderung der Art der baulichen Nutzung von MI –Mischgebiet zu MU Urbanes Gebiet und zu Flächen für Gemeinbedarf.*
- *Entfall der Fläche für eine Postfiliale.*
- *Definierung des Maßes der baulichen Nutzung künftig über die Grundfläche (GR) und (zwingende) Wandhöhen und Gebäudehöhen. Dadurch erübrigt sich die bisherige Regelung der zulässigen Anzahl der Vollgeschosse sowie der Geschossflächenzahl (GFZ).*
- *Lage der öffentlichen Stellplätze künftig in einer geplanten Tiefgarage und im Straßenraum „Hinter der Kelter“.*
- *Ausschluss von Wohnungen (in den bisher gewerblich genutzten Flächen) in den Erdgeschosszonen.*
- *Anpassung der Baufenster mit Baugrenzen und Baulinien an das städtebauliche Konzept von 2018/2019 für die „Neue Ortsmitte Söllingen“.*
- *Anpassung des Straßenraums an die aktuell bestehenden Verkehrsräume im Kreuzungsbereich.*
- *Vorgaben zur Grünordnung als Ausgleichsmaßnahme entsprechend den Anforderungen an das Kleinklima mit Vorgaben für Dachbegrünungen, Fassadenbegrünungen und Bäumen.*
- *Vorgaben zum Erhalt der Baudenkmale Hauptstraße 57 und 59.*
- *Änderung der Straßenführung „Hinter der Kelter“*



- *Neue zusätzliche **Örtliche Bauvorschriften** für die Themen:
Dachformen und Dacheindeckungen / Fassadengestaltung unter Berücksichtigung
der Baudenkmale / Stellplätze und Freiräume*

Der Änderungsentwurf wird hinsichtlich der überbaubaren Flächen ausgearbeitet, sobald die Beschlussfassung über die im Verfahren weiter zu verfolgende Variante (BV/382/2019) getroffen wurde.

Zur Sicherung der Planungsziele ist eine Veränderungssperre für den künftigen Planbereich zu erlassen.

Verfahrensart

Die Änderung des Bebauungsplans erfolgt im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB. Die Voraussetzungen zur Anwendung des § 13a BauGB liegen vor; es ist somit von der Erstellung eines Umweltberichts mit Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung / Grünordnungsplan abzusehen.

Herr Knobloch meint, der Vorlage sei nichts mehr hinzuzufügen. Zur Sicherung der künftigen Planung schlage man vor, eine Veränderungssperre zu beschließen. Sobald diese in Kraft getreten sei, könne kein privates Vorhaben mehr die Gemeindeplanung verhindern oder einschränken.

Gemeinderat Rendes lässt wissen, die CDU-Fraktion stimme dem Verwaltungsvorschlag zu. Dies sei der richtige Weg, wenn man eine Planung entwickeln möchte.

Gemeinderat Reeb bezeichnet es ebenfalls für wichtig, die Planung mit einer Veränderungssperre abzusichern. Auch die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Gemeinderat Herb meint, die Änderung des Bebauungsplans sei notwendig, damit man den Ortskern von Söllingen frisch gestalten und aufwerten kann. Söllingen werde daraus für die nächsten 100 Jahre einen Gewinn ziehen. Voraussetzung hierfür sei der Erlass einer Veränderungssperre, die vorgeschlagene Vorgehensweise halte man für sinnvoll und richtig.

Gemeinderat Dr. Rahn lässt wissen, die ULiP könne dem konkreten Objektplan, der hinter diesem Bebauungsplan stecke, nicht in allen Details zustimmen. Trotzdem halte man es für sinnvoll, über das Areal einen Bebauungsplan zu legen einschließlich der Veränderungssperre.

Bürgermeisterin Bodner stellt danach folgende Abstimmungsfrage:

„**Wer stimmt folgender Beschlussempfehlung zu:**

1. **Der Bebauungsplan „Ortskern nördlich der B 10“ wird geändert. Die Änderung erfolgt im beschleunigten Verfahren nach den Vorschriften des 13a BauGB. Die Änderung trägt die Bezeichnung „Ortskern nördlich der B 10 – 1. Änderung“, OT Söllingen.**
2. **Zur Sicherung der Planung wird gemäß § 14 BauGB eine Veränderungssperre für den künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplans erlassen. Die Veränderungssperre tritt am Tag nach ihrer ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.**

Abstimmung: Einstimmige Zustimmung



7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Modernes Wohnen in der Seltenbachstraße, 1. Änderung", OT Berghausen
- Aufstellungsbeschluss
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Bürgermeisterin Bodner bittet Herrn Knobloch um den Sachvortrag.

Herr Knobloch informiert, der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Modernes Wohnen in der Seltenbachstraße“ sei bereits 2017 in Kraft getreten, allerdings nie umgesetzt worden. Ziel des Bebauungsplans sei die Schaffung von zwei Hausgruppen mit je drei Wohneinheiten sowie der erforderlichen Anzahl an Stellplätzen. Aufgrund eines Eigentümerwechsels liege nun eine leicht veränderte Planung vor. Die Verwaltung habe die Hoffnung gehabt, dass wegen der Geringfügigkeit der Veränderungen eine Baugenehmigung über eine Befreiung von den Bebauungsplanbestimmungen erreicht werden kann, was sich allerdings zerschlagen habe. Das Landratsamt sehe in der Planung die Grundzüge der Planung berührt, weshalb nun die Änderung des Bebauungsplans erforderlich werde.

Gemeinderat Schwarz lässt wissen, er habe zwei Fragen zur Planung. Ein geplanter Bürgersteig beginne an einer Garage und ende an einer Hauswand. Er bitte um Mitteilung, wie dieser Bürgersteig ausgebildet werden soll bzw. ob es möglich sei, diesen niveaugleich mit der Straße auszubilden, um die Straße besser nutzen zu können. Die zweite Frage beziehe sich auf die Planung von 12 PKW-Stellplätzen und 12 Fahrradstellplätzen. Aus seiner Sicht stelle sich die Frage, ob der Anteil der Fahrradstellplätze eventuell zu gering und im Gegenzug der Anteil der PKW-Stellplätze zu hoch ist.

Herr Knobloch meint zur Frage nach dem Gehweg, diese Entscheidung sei immer vergleichbar mit einem Spagat. Wenn man mit einem Hochbordstein eine harte Abgrenzung des Bürgersteigs zur Straße schaffe, dann würden PKW, die auf dem Gehweg stehen, immer bis zur nächsten Furt fahren wollen. Im konkreten Fall plane man den Einbau von Rundbordsteinen und einer Entwässerungsrinne. Insofern stelle sich Straße und Bürgersteig als eine Einheit dar. Man wolle aber haben, dass der Bürgersteig nicht von Fahrzeugen zugestellt wird. Den Neubau eines Gehweges könne man in dieser Straße nur dort schaffen, wo es eine Übereinkunft mit dem Grundstückseigentümer, in diesem Fall dem Vorhabenträger, gibt. Im konkreten Fall habe der Vorhabenträger die Fläche für den Gehweg bereitzustellen und sogar zu bezahlen. Dies lasse sich die Gemeinde im Durchführungsvertrag zusichern. Die Anzahl der Stellplätze könne von der Gemeinde festgesetzt werden, diese Entscheidung liege in der Hand des Gemeinderats. Die Verwaltung sei allerdings der Auffassung, dass die festgelegte Anzahl ausreichend ist.

Gemeinderat Dr. Vogel informiert, immer wenn er zur Gemeinderatssitzung mit dem Fahrrad gefahren sei habe er sich gefragt, wann mit der Bebauung begonnen wird. Heute erhalte er hierzu eine erste Antwort. Er könne sich vorstellen, dass die ursprünglich großen Objekte keine Abnehmer gefunden haben. Bedauerlich sei, dass von Seiten des Landratsamtes keine Befreiung erteilt wurde. Er signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Gemeinderat Vortisch verweist auf den Namen des Bebauungsplans mit „Modernem Wohnen“. An dieser Stelle habe einmal eine Burg gestanden, die erste Planung habe ähnlich ausgesehen. Er halte es für gut, dass diese Brache endlich bebaut und die Straße verbreitert wird sowie ein Grünplan existiert. Die SPD-Fraktion werde dem Plan zustimmen.

Herr Knobloch weist darauf hin, dass der Projekttitle vom Vorhabenträger selber gewählt wurde.



10. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bodner spricht Einladungen zu folgenden Veranstaltungen aus: Abschlussveranstaltung zum Gemeindeentwicklungsprojekt, zum Waldbegang des Gemeinderates und zur Baumpflanzaktion am 2. Oktober.

11. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderätin Konstandin erklärt, sie habe drei Dinge für den Ortsteil Kleinsteinbach anzusprechen. Sie habe erfahren, dass der Hort an der Grundschule quasi abgedrückt wurde auf die Empore, weil Bedarf an Schulräumen bestehe. Weiter habe der Hort bisher seinen Sport in der Sporthalle gemacht, die nun von der Aloys-Henhöfer-Schule belegt sei. Sie bitte um Erläuterung, warum nun die Sporthalle von der AHS belegt wird. Eine weitere Anfrage betreffe das Gebäude Ecke Bockstal- und Pforzheimer Straße. In diesem Gebäude, in dem früher eine Bäckerei untergebracht war, sollen Wohnungen errichtet werden. Sie frage sich, ob hierfür eine Nutzungsänderung beantragt werden muss.

Herr Knobloch bestätigt, dass ein Antrag auf Nutzungsänderung einzureichen ist.

Herr Sturm berichtet, dass man noch vor den Sommerferien ein Gespräch mit der Hortleitung hatte, wonach eine Mitbenutzung der Empore angesprochen wurde. Ihn überrasche nun, dass dies ein Problem sein soll. In der Schule Kleinsteinbach gebe es zwar viel Platz, doch nicht jeder Raum sei gut nutzbar. Angesprochen wurde die Mitbenutzung der Aula für den Zeitraum des Umbaus des Kindergartens im Gemeindehaus. Zur Problematik des Sportunterrichts durch die AHS in der Schulturnhalle könne er momentan keine Auskunft geben.

Gemeinderätin Fahir weist darauf hin, dass im Wöschbacher Friedhof Gräser und Büsche ungepflegt wachsen. Die Anlage sollte ihrer Meinung nach kontinuierlicher gepflegt werden. Es sei bekannt, und dies auch in der Bevölkerung, dass die Gärtner pünktlich und sehr früh Pause machen und manchmal auch in der Gegend herumfahren, um sich die Zeit zu vertreiben. Mit Nachdruck sollte man darauf bedacht sein, dass die Arbeitszeit nicht ausgenutzt wird.

Gemeinderätin Rothweiler hat mitbekommen, dass im Bannwald am Hohberg Bäume gefällt wurden. Sie will wissen, ob hierzu etwas bekannt ist. Weiter macht sie darauf aufmerksam, dass man seit acht Jahren eine Bürgermeisterin hat und immer noch vom Bürgermeister gesprochen wird. Dies gelte auch für die Begriffe „Kollegin“ und „Bürgerinnen“. Selbst Kolleginnen und Kollegen würde dieser Fehler unterlaufen, sie störe sich daran. Man müsse sich im 21. Jahrhundert aber einer anderen Sprache bedienen.

Bürgermeisterin Bodner weist darauf hin, dass in den Gesetzestexten bisher immer noch die männliche Form verwendet wird und dies rechtlich in Ordnung sei.

Gemeinderätin Frensch teilt mit, sie lege Wert darauf, als Gemeinderätin angesprochen zu werden. Zwei Dinge wolle sie ansprechen. Zum Einen befinde sich der Leerdamplatz in einem furchtbaren Zustand, dort werde in kürzester Zeit eine Unmenge an Müll produziert. Kinder hätten bei einer Veranstaltung mit Sprühdosen alles mögliche besprüht. Man müsse sich Gedanken machen, ob diese Veranstaltung noch aufrecht erhalten werden kann. Weiter habe sie den Wunsch an die Verwaltung, auf dem Deckblatt der Sitzungsunterlagen eine Seitenzahl mit Verweis auf die einzelnen Punkte anzubringen.



Gemeinderat Dr. Rahn merkt im Blick auf die Wortmeldungen seiner Vorrednerinnen an, dass der Mensch – grammatikalisch männlich - oder die Person – grammatikalisch weiblich - sowohl weiblichen als auch männlichen natürlichen Geschlechts sein kann.

12. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass zu diesem Punkt keine Wortmeldung vorliegt.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

Nicola Bodner
Bürgermeisterin

Gemeinderätin Konstandin

Roland Härer

Gemeinderätin Schaier